

# Beilage 1912/2009 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

## Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen  
Landtags

betreffend den Austritt Österreichs aus Euratom und die Gründung  
einer Europäischen Gemeinschaft für Alternativenenergien

Gemäß § 26 Abs. 6 Öö. LGO wird dieser Antrag als dringlich  
bezeichnet.

### Der Öö. Landtag möge beschließen:

Die Öö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung  
dafür einzusetzen, dass diese mit den europäischen Vertragspartnern  
Verhandlungen aufnimmt

1. über einen Ausstieg Österreichs aus dem Euratom-Vertrag und eine  
Zuführung jener österreichischen Zahlungen, die bisher der  
Europäischen Atomgemeinschaft zugeflossen sind, zweckgebunden  
zur Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der alternativen  
Energieformen in Österreich sowie
2. über die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für die  
Weiterentwicklung von Alternativenenergien, in die künftig die  
bisherigen Zahlungen zugunsten von Euratom eingebracht werden  
könnten.

### Begründung

Dass die Österreicherinnen und Österreicher, die sich 1978 per  
Volksabstimmung mehrheitlich gegen die Nutzung der Kernenergie  
ausgesprochen haben, durch die Euratom-Mitgliedschaft Österreichs die  
Forschung auf dem Nukleargebiet, die Versorgung mit radioaktivem  
Material und insbesondere den Neubau bzw. die Instandhaltung von  
Kernkraftwerken (auch an den heimischen Grenzen) mitfinanzieren müssen,  
ist nicht zu akzeptieren. Es verwundert daher nicht, dass sich Umfragen  
zufolge 78 Prozent der ÖsterreicherInnen für einen Euratom-Austritt  
aussprechen.

Die Bundesregierung ist daher gefordert, entsprechend dem mehrheitlichen  
Wunsch der Bevölkerung in einem ersten Schritt im Verhandlungswege  
einen Ausstieg Österreichs aus dem Euratom-Vertrag zu erreichen. Jene frei  
werdenden Gelder, die aus den österreichischen  
EU-Mitgliedsbeiträgen aliquot an Euratom fließen, sollen zweckgebunden für  
die heimische Forschung und Entwicklung von alternativen Energieformen  
verwendet werden.

In einem weiteren Schritt könnten diese Mittel in eine neu zu gründende  
Europäische Gemeinschaft, die europaweit die Weiterentwicklung auf dem  
Gebiet der ökologischen und nachhaltigen Energien vorantreibt und die  
nationalen Ökoenergieprogramme vernetzt, eingebracht werden.

Damit würden Gelder, die aus Österreich und anderen Atomenergie  
ablehnenden Mitgliedsländern stammen und bisher der Atomindustrie  
zugute kamen, in die Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energien und  
Energieeffizienzmaßnahmen verwendet werden können. Den Versuchen  
der Atomlobby, die Atomenergie als CO<sub>2</sub>-freundliche Klimaalternative zu  
positionieren, müssen  
die atomkraftfreien Länder wie Österreich ein markantes Signal entgegen

setzen. Denn die europäische Energiezukunft kann nicht in der Nutzung der riskanten Atomkraft liegen, sondern in der Forcierung nachhaltiger, alternativer Energieformen.

Linz, am 15. Juni 2009

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Frais, Pilsner, Schreiberhuber, Kapeller, Makor-Winkelbauer, Röper-Kelmayr, Schmidt, Schenner, Lischka, Kraler, Prinz, Mann, Bauer, Sulzbacher, Lindinger, Chansri, Mühlböck, Jahn**

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

**Hirz, Schwarz, Wageneder, Trübswasser**

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Steinkellner**

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Stanek, Brunner, Frauscher, Hüttmayr, Bernhofer, Schillhuber, Schürerer, Lackner-Strauss, Mayr, Stelzer, Pühringer, Ecker, Brandmayr, Baier, Eisenrauch, Steinkogler, Entholzer, Kiesel, Weixelbaumer, Weinberger, Jachs, Hingsamer, Aichinger**